

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 14. März 2006

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17
Handy: 0172/ 61 55 99 7
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

„Wissens- und Wertetest“

Ausländerbeiräte lehnen Pflichttest für Einbürgerungsbewerber ab

Leitfaden des Innenministers setzt Qualitätsstandards für die politische, geschichtliche und kulturelle Bildung in Deutschland

Der Landesausländerbeirat lehnt die grundsätzliche Einführung eines Pflichttests für Einbürgerungsbewerber ab. Yilmaz Memisoglu, Vorsitzender der agah: „Das vorgelegte Konzept überzeugt nicht und ist zudem untauglich, die vom Innenminister formulierten Ziele umzusetzen.“ Weder ein Wissens- und Wertetest noch ein Eid auf die deutsche Verfassung werde in Zukunft Parallelgesellschaften in Deutschland verhindern. Auch könne damit nicht sichergestellt werden, dass „künftige Mitbürger das Grundgerüst dieser Republik mittragen“.

Vielmehr würden mit verpflichtenden Tests Migranten in Zukunft eher davon abgehalten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Memisoglu: „Es ist eine Illusion zu glauben, dass gestandene Männer und Frauen sich noch mal auf die Schulbank setzen und eine Prüfung ablegen, nur um Deutsche zu werden. Sie werden sich im Zweifel weiter mit ihrem gesicherten Aufenthaltsstatus als Ausländer zufrieden geben.“ Überflüssige zusätzliche Hürden im Einbürgerungsverfahren erreichten so das Gegenteil, was auch erklärtes Ziel der Hessischen Landesregierung ist: Ausländer zur Einbürgerung zu ermutigen.

Kritik übte der Beirat auch an der Schwere der Fragen und der Undifferenziertheit des Verfahrens. Memisoglu: „Der Innenminister traut wohl dem deutschen Bildungssystem nicht viel zu.“ Nicht anders sei es zu verstehen, wenn zwar der erfolgreiche Schulbesuch in Deutschland ausreicht, um die geforderten Sprachkenntnisse nachzuweisen, hingegen für den Nachweis von „Wissen & Werte“ grundsätzlich eine Prüfung abzulegen ist.

Positiv bewertete Memisoglu hingegen, dass Hessen - im Gegensatz zu Baden-Württemberg - keinen Alleingang startet und das Konzept zudem nur eine Arbeitsgrundlage sei.

Vor allem sei der vorgelegte Leitfaden jedoch hervorragend geeignet, neue Qualitätsstandards der politischen, geschichtlichen und kulturellen Bildung zu setzen. Memisoglu: „Wir wären begeistert, wenn jeder Schulabgänger in Hessen die Fragen beantworten könnte.“ Staatsbürgerliches und kulturelles Wissen müsse in Hessen einen besseren Stellenwert bekommen. Dies gelte für Einbürgerungswillige genauso wie für Ausländer oder Deutsche.

Memisoglu: „Wir sind zuversichtlich, dass die Gesprächsbereitschaft der Landesregierung noch Korrekturen zulassen wird und die Diskussion im Ergebnis zu einer Aufwertung der staatsbürgerlichen Wissens in Hessen führt.“